

Germany-Neusäß: Architectural and related services

OJ S 201/2019 17/10/2019

Contract notice

Services

Legal Basis:

Directive 2014/24/EU

Section I: Contracting authority

I.1. Name and addresses

Official name: Stadt Neusäß

Postal address: Hauptstraße 28

Town: Neusäß

NUTS code: DE276 Augsburg, Landkreis

Postal code: 86356

Country: Germany

Contact person: Hr. Baumeister

E-mail: hochbau@neusaess.de

Telephone: +49 8214606-246

Fax: +49 8214606-19151

Internet address(es):

Main address: <https://my.vergabe.bayern.de>

Address of the buyer profile: <https://my.vergabe.bayern.de>

I.3. Communication

The procurement documents are available for unrestricted and full direct access, free of charge, at: <https://www.meinauftrag.rib.de/public/DetailsByPlatformIdAndTenderId/platformId/1/tenderId/183509>

Tenders or requests to participate must be submitted electronically via: <https://my.vergabe.bayern.de>

Additional information can be obtained from another address:

Official name: Meixner+Partner Projektsteuerung GmbH

Postal address: Gögginger Straße 93

Town: Augsburg

NUTS code: DE271 Augsburg, Kreisfreie Stadt

Postal code: 86199

Country: Germany

Contact person: Frau Kairies-Soti

E-mail: VgV@meixner-partner.de

Internet address(es):

Main address: <https://my.vergabe.bayern.de>

I.4. Type of the contracting authority

Regional or local authority

I.5. Main activity

General public services

Section II: Object

II.1. Scope of the procurement

II.1.1. Title

Erweiterung und Umbau Feuerwehrgebäude – Objektplanung Gebäude und Innenräume gem. § 33 ff HOAI 2013, sowie Fachplanung technische Ausrüstung ALG 6 (Förderanlagen) gem. § 53 ff HOAI 2013

Reference number: 19-H-02a01

II.1.2. Main CPV code

71200000 Architectural and related services

II.1.3. Type of contract

Services

II.1.4. Short description

Die Stadt Neusäß plant das zentrumsnahe bestehende Feuerwehrgebäude auf dem Flurstück 154/36 der Gemarkung Neusäß, aus dem Jahr 1983, an diesem Standort zu erweitern und umzubauen, um die räumlichen, funktionalen und auch sicherheitstechnischen Defizite zu beheben. Durch eine optimierte Raumanordnung sollen reibungslose Arbeitsabläufe im täglichen Feuerwehrbetrieb im Gebäude gewährleistet werden und die Arbeitsabläufe im Alarmfall mit möglichst kurzen, kreuzungsfreien Wegen optimiert werden.

Planungsziel soll ein Gebäude sein, durch das die technische und logistische Einsatzbereitschaft und das schnelle Ausrücken der Wehr möglich ist.

Für die Erweiterung um ca. 1 170 m² Nutzfläche wurde eine Teilfläche des südlichen Nachbargrundstücks Fl.Nr. 155 erworben. Somit steht eine Erweiterungsgrundstücksfläche von ca. 1 900 m² zur Verfügung.

Die Umsetzung erfolgt in 2 Bauabschnitten:

BA 1: Erweiterungsneubau;

BA 2: Umbau- und Sanierungsmaßnahmen im Bestand.

II.1.5. Estimated total value

II.1.6. Information about lots

This contract is divided into lots: no

II.2. Description

II.2.3. Place of performance

NUTS code: DE276 Augsburg, Landkreis

Main site or place of performance: Stadt Neusäß

II.2.4. Description of the procurement

Gegenstand des Auftrags sind Leistungen der Objektplanung Gebäude und Innenräume gem. § 33 ff HOAI 2013 mit Anlage 10, LPH 1-9, sowie der Fachplanung techn. Ausrüstung ALG 6 (Förderanlagen) gem. § 53 ff HOAI 2013 mit Anlage 15, bei stufenweiser Beauftragung. Gegebenenfalls werden auch verschiedene besondere Leistungen, insbesondere für die Errichtung der Interimsprovisorien, beauftragt werden.

Bei diesem Projekt werden Förderungen beantragt werden.

Die Stadt Neusäß plant das zentrumsnahe bestehende Feuerwehrgebäude auf dem Flurstück 154/36 der Gemarkung Neusäß, aus dem Jahr 1983, an diesem Standort zu erweitern und umzubauen, um die räumlichen, funktionalen und auch sicherheitstechnischen Defizite zu beheben. Durch eine optimierte Raumanordnung sollen reibungslose Arbeitsabläufe im

täglichen Feuerwehrbetrieb im Gebäude gewährleistet sein und die Arbeitsabläufe im Alarmfall mit möglichst kurzen, kreuzungsfreien Wegen optimiert werden.

Planungsziel soll ein Gebäude sein, durch das die technische und logistische Einsatzbereitschaft und das schnelle Ausrücken der Wehr möglich ist.

Für die Erweiterung um ca. 1 170 m² Nutzfläche wurde eine Teilfläche des südlichen Nachbargrundstücks Fl.Nr.155 erworben. Somit steht eine Erweiterungsgrundstücksfläche von ca. 1 900 m² zur Verfügung.

Das Gebäude besteht aktuell aus:

- Gerätehaus/Fahrzeughalle mit 6 Fahrzeugstellplätzen,
- Verwaltungsgebäude mit Werkstätten, Lager- und Sozialräumen, ehem. Wohnung für den Gerätewart (bereits 2011 umgenutzt),
- Schlauchturm mit Anbindung an das KG des Verwaltungsgebäudes,
- Erweiterung der Fahrzeughalle von 1996 um 3 Fahrzeugstellplätze und Lagerräume.

Das Gebäude dient als Standort für die freiwillige Feuerwehr Neusäß mit ca. 100 aktiven Feuerwehrleuten, als Stützpunktwehr der 8 örtlichen Feuerwehren.

Die Zufahrt zum Parkplatz soll von der Landrat Dr. Frey-Straße erfolgen, die Alarmausfahrt mündet in die Ortliebstraße.

Es liegt eine Feuerwehrbedarfsplanung von 2013/2014 vor, ebenso ein Funktions- und Raumprogramm.

Die Erweiterung soll in Massivbauweise erfolgen und umfasst hauptsächlich 3 Fahrzeugstellplätze, eine Waschhalle, Schlauchwerkstatt, Bereitschaftsräume mit Jugend- und Schulungsräumen, Büros, sowie WC/Umkleiden, Lager-, Technik- und Nebenräume, sowie Hofflächen für Stellplätze und Übungen, Ein- und Ausfahrten.

Die im Bestand vorhandenen Räume müssen teilweise umgelagert, insbesondere der Funkbereich, und auch saniert werden.

Die Maßnahme ist im laufenden Betrieb umzusetzen. Die Feuerwehr muss über die Gesamtbaumaßnahme voll einsatzbereit sein, mit derzeit ca. 300 Einsätzen/Jahr. Für eine vorübergehende Auslagerung und Unterbringung von Personal (Umkleiden und Sanitär) und Fahrzeugen (Hallenprovisorium für 3-4 Fahrzeuge) sind auf dem Grundstück Interimslösungen in der Planung vorzusehen.

Die Umsetzung erfolgt in 2 Bauabschnitten:

BA 1: Erweiterungsneubau

BA 2: Umbaumaßnahmen im Bestand

Ein Büro hat bereits eine Machbarkeitsstudie erstellt, um zu untersuchen, ob die Realisierbarkeit auf dem Grundstück grundsätzlich möglich ist.

Dieses Büro gilt als vorbefasster Bewerber. Sollte der Fall eintreten, dass sich das vorbefasste Büro bewerben und zur Vergabeverhandlung eingeladen werden sollte, so werden die Unterlagen vom Auftraggeber allen Teilnehmern der Vergabeverhandlung zur Verfügung gestellt, um alle Bieter auf denselben Informationsstand zu bringen. Auch ohne Teilnahme des vorbefassten Büros, werden möglichst alle Unterlagen den Bieter zur Verfügung gestellt. Der Auftraggeber ist aber offen für alternative Ansätze.

Die Vergabeverhandlung findet voraussichtlich Anfang Januar 2020 statt. Die Auftragsvergabe ist aller Voraussicht nach Ende Januar/Anfang Februar 2020. Der Leistungsbeginn ist direkt im Anschluss an die Auftragserteilung. Fertigstellung ca. Sommer 2023.

II.2.5. Award criteria

Criteria below

Quality criterion - Name: Projektteam / Weighting: 28

Quality criterion - Name: Herangehensweise an die konkrete Planungsaufgabe / Weighting: 42

Cost criterion - Name: Honorar / Weighting: 30

II.2.6. Estimated value

II.2.7. Duration of the contract, framework agreement or dynamic purchasing system

Start: 01/02/2020 End: 31/12/2023

This contract is subject to renewal: yes

Description of renewals:

Das genannte Ende bezieht sich auf den Abschluss der LPH 8. Die LPH 9 läuft darüber hinaus.

Eine Verlängerung des Auftrags kann insbesondere dann eintreten, wenn eine zeitnahe Freigabe der Planung durch den Zuschussgeber nicht erreicht werden kann.

II.2.9. Information about the limits on the number of candidates to be invited

Envisaged minimum number: 3Maximum number: 5Objective criteria for choosing the limited number of candidates:

- wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit,
- technische und berufliche Leistungsfähigkeit.

Die Wertung erfolgt nach der in den Beschaffungsunterlagen dargestellten Bewertungsmatrix.

Konkretisierung Losverfahren in Ergänzung zu § 75 (6) VgV: Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberzahl auch nach einer objektiven Auswahl entsprechend der zu Grunde gelegten Eignungskriterien zu hoch, so wird die Auswahl unter den verbleibenden Bewerbern durch Los getroffen werden.

Hinweis Nachnominierung: Im Falle einer Absage eines Teilnehmers der Vergabeverhandlung behält sich die Vergabestelle vor, der Rangfolge des Auswahlverfahrens entsprechend das nächst platzierte Büro zur Teilnahme an der Vergabeverhandlung einzuladen. Ein Rechtsanspruch auf diese sogenannte Nachnominierung besteht aber nicht. Eine Nachnominierung wird wenn, dann jedoch nur bis spätestens 10 Tage vor Angebotssubmission ausgesprochen. Diese Regelung soll einem nachnominierten Teilnehmer eine Mindest-Vorbereitungszeit und somit die Gleichbehandlung aller Teilnehmer sicherstellen.

II.2.10. Information about variants

Variants will be accepted: no

II.2.11. Information about options

Options: yes

Description of options:

Beabsichtigt ist eine stufenweise Beauftragung:

- Stufe 1: LPH 1+2, gem. § 34 HOAI 2013 und § 55 HOAI 2013,
- Stufe 2: LPH 3+4, gem. § 34 HOAI 2013 und § 55 HOAI 2013,
- Stufe 3: LPH 5+6, gem. § 34 HOAI 2013 und § 55 HOAI 2013,
- Stufe 4: LPH 7-9, gem. § 34 HOAI 2013 und § 55 HOAI 2013.

Zunächst wird nur die Stufe 1 beauftragt.

Ein Rechtsanspruch auf Beauftragung der weiteren Stufen oder etwaiger besonderer Leistungen besteht nicht.

II.2.13. Information about European Union funds

The procurement is related to a project and/or programme financed by European Union funds: no

II.2.14. Additional information

Aufgrund der Serverumstellung beim Vergabeplattformbetreiber steht die Plattform ab 13.11.2019 für 1 bis 2 Wochen komplett nicht zur Verfügung. Um Probleme beim Hochladen für die Bewerber zu vermeiden, muss die Einreichungsfrist für dieses Verfahren daher um ca. 1,5 Tage verkürzt werden.

Die Frist ist mit über 28 Kalendertagen aber dennoch angemessen und ausreichend.

Section III: Legal, economic, financial and technical information

III.1. Conditions for participation

III.1.1. Suitability to pursue the professional activity, including requirements relating to enrolment on professional or trade registers

List and brief description of conditions:

- a) Erklärung des Bewerbers über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach § 123 und § 124 GWB;
- b) Erklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach § 21 MiLoG;
- c) Erklärung des Bewerbers, ob und auf welche Art wirtschaftliche Verknüpfungen mit anderen Unternehmen bestehen;
- d) Ist der Bewerber eine juristische Person, zu deren satzungsgemäßem Geschäftszweck die dem Projekt entsprechenden Planungsleistungen gehören, ist diese nur teilnahmeberechtigt, wenn durch Erklärung des Bewerbers gem. § 43 Abs. 1 VgV i. V. m. § 75 Abs. 3 VgV nachgewiesen wird, dass der tatsächliche Leistungserbringer (Projektleiter) und dessen Stellvertreter die an die natürliche Person gestellten Anforderungen erfüllen;
- e) Will sich der Bewerber bei der Erfüllung des Auftrags der Leistungen anderer Unternehmen bedienen, hat er diese im Teilnahmeantrag zu benennen. Der Bewerber muss außerdem gem. § 36 Abs. 1 VgV und § 46 Abs. 3 Nr. 10 VgV angeben, welche Teile des Auftrags er beabsichtigt als Unterauftrag zu vergeben. Eine entsprechende Verpflichtungserklärung dieser Unternehmen ist abzugeben;
- f) Der Bewerber muss bereit sein, im Auftragsfall eine Erklärung gem. § 1 des Verpflichtungsgesetzes abzugeben;
- g) Erklärung des Bewerbers über die Bildung von Bewerbergemeinschaften.
Bewerbergemeinschaften haften gesamtschuldnerisch und haben mit ihrem Teilnahmeantrag eine von allen Mitgliedern unterzeichnete Erklärung abzugeben, in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der bevollmächtigte Vertreter benannt ist, der die Mitglieder gegenüber der Vergabestelle rechtsverbindlich vertritt. Mehrfachbeteiligungen einzelner Mitglieder einer Bewerbergemeinschaft sind unzulässig und führen zur Nichtberücksichtigung sämtlicher betroffener Bewerbergemeinschaften im weiteren Verfahren. Mehrfachbewerbungen sind auch Bewerbungen unterschiedlicher Niederlassungen eines Bewerberbüros sowie mehrerer Mitglieder ständiger Büro- und Arbeitsgemeinschaften.

III.1.2. Economic and financial standing

List and brief description of selection criteria:

- a) Erklärung des Bewerbers bzw. der Bewerbergemeinschaft über den Gesamtumsatz des Bewerbers bzw. der Bewerbergemeinschaft in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren (2016, 2017, 2018) gem. § 45 Abs. 1 Nr. 1 VgV.
Mindestanforderung ist ein Gesamtumsatz (Jahresmittel) von 300 000 EUR brutto im Leistungsbild Objektplanung.
- b) Nachweis einer Berufshaftpflichtversicherung gem. § 45 Abs. 1 bzw. 4 VgV.
Nachweis einer Berufshaftpflichtversicherung über 2 000 000 EUR für Personenschäden und über 2 000 000 EUR für Sachschäden bei einem Versicherungsunternehmen, das in einem Mitgliedsstaat der EU oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassen ist. Die Ersatzleistung des Versicherers muss mindestens das Zweifache der Deckungssumme pro Jahr betragen. Die Deckung muss über die Vertragslaufzeit uneingeschränkt erhalten bleiben. Die Versicherung kann bereits ständig

abgeschlossen sein oder im Auftragsfall projektbezogen abgeschlossen werden. Bei Versicherungsverträgen mit Pauschaldeckungen (d.h. ohne Unterscheidung nach Personen- und Sachschäden) ist eine Erklärung des Versicherungsunternehmens erforderlich, dass beide Schadenskategorien im Auftragsfall parallel zueinander mit den geforderten Deckungssummen abgesichert sind.

Die geforderte Sicherheit kann auch durch eine Erklärung des Versicherungsunternehmens nachgewiesen werden, in der sie den Abschluss der geforderten Haftpflichtleistungen und Deckungsnachweise im Auftragsfall zusichert. Der Versicherungsnachweis darf nicht älter als 6 Monate sein gerechnet vom Tag der Bekanntmachung an und muss der Bewerbung beiliegen. Das Ausstellungsdatum muss aus dem Nachweis ersichtlich sein.

Bei Bewerbungsgemeinschaften muss für jedes Mitglied ein entsprechender Versicherungsnachweis vorgelegt werden.

Minimum level(s) of standards possibly required:

s.o.

III.1.3. Technical and professional ability

List and brief description of selection criteria:

a) Erklärung d. Bewerbers bzw. der Bewerbungsgemeinschaft über Anzahl der festangestellten Mitarbeiter (MA) u. der Führungskräfte in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren (2016, 2017, 2018) gem. § 46 Abs.3 Nr.8 VgV. Die Mind. Anforderung ist ein jährl. Mittel von 3 techn. festangestellten MA inkl. Geschäftsführung. Freie MA sind wie Unterauftragnehmer im Teilnahmeantrag aufzuführen. Die „Verpflichtungserklärung bei Unteraufträgen“ gem. § 47 Abs. 1 VgV im Teilnahmeantrag unter Anlage 1 ist von den freien MA auszufüllen.

b) Angabe der Fachkräfte gem. § 46 Abs.3 Nr.2 VgV:

Erklärung d. Bewerbers über die Berufsqualifikation des Geschäftsführers/der Führungskräfte gem. § 75 VgV:

Der Bewerber erfüllt die fachli. Anforderungen, wenn in der Geschäftsführung bzw. unter den Führungskräften mind. 1 Person berechtigt ist, die Berufsbezeichnung „Architekt“ gem. § 75 VgV im jeweiligen Herkunftsstaat des Bewerbers (Sitz d. Bewerbers) zu führen. Nachweis durch Vorlage einer Eintragung in die Archit. Kammer, Bauvorlageberechtigung und Abschlussurkunde mit Angabe der Fachrichtung u. Abschlussdatum.

Falls im jeweiligen Herkunftsstaat die Berufsbezeichnung „Architekt“ nicht gesetzlich geregelt sein sollte, sind vergleichbare fachli. Qualifikationen nachzuweisen, also Befähigungsnachweise vorzulegen, deren Anerkennung nach der Richtlinie 2005/36/EG - Berufsanerkennungsrichtlinie- gewährleistet ist.

c) Die Berufserfahrung des Geschäftsführers/der Führungskräfte im Leistungsbild Objektplanung ist jeweils durch Vorlage eines aussagekräftigen Lebenslaufes nachzuweisen. Mind. Anforderung sind 8 Jahre Berufserfahrung für mind. 1 Geschäftsführer oder mind. 1 Führungskraft im Leistungsbild Objektplanung.

d) Angabe von 3 Referenzen, wobei die Ref.3 mit der Ref.1 oder 2 identisch sein kann (Ref 1: LPH 2-5, Ref 2:LPH 2-5, Ref 3: LPH 3-8) gem. § 75 Abs.5 VgV.

Für die Ref. Projekte gelten folgende Mindestanforderungen:

Ref 1+2: Der Ref. Zeitraum muss zwischen 1.8.2009-1.10.2019 liegen, die LPH 2 darf nicht vor diesem Zeitraum begonnen u. die LPH 5 muss in diesem Zeitraum abgeschlossen sein.

Ref 3: Der Ref. Zeitraum muss zwischen 1.8.2009-1.10.2019 liegen, die LPH 2 darf nicht vor diesem Zeitraum begonnen u. die LPH 8 muss in diesem Zeitraum abgeschlossen sein.

Die Nichteinhaltung führt zur Wertung mit 0 Punkten bei der betroffenen Referenz, nicht aber zum Ausschluss.

Folgende Angaben sind bei den Ref. Projekten erforderlich:

— Bezeichnung d. beauftragten Büros bzw. ggf. der ARGE,

- ggf. Benennung d. Unterauftragnehmer,
- ggf. Projektbezeichnung/-beschreibung,
- Bauvolumen brutto (KG 300+400),
- Beauftragte u. vollständig selbst erbrachte LPHen,
- Sanierung inkl. Umstrukturierung,
- Einhaltung Kosten- u. Terminrahmen (geeignete Nachweise sind gem. Bewertungsmatrix jeweils beizulegen!),
- AG mit Ansprechpartner, Anschrift, Telefonnummer.

Zusatzpunkte für:

- Zus.arbeit mit öffentl. AG / einschläg. Vergaberichtlinien,
- Notfall-Einsatzgebäude,
- Massivbauweise,
- Unterbringungsprovisorien,
- Maßnahme im laufenden Betrieb,
- öffentliche Fördermittel.

Sonstiges:

Projektdarstellung der Ref. Projekte auf je höchstens 2 DIN A4-Seiten oder 1 DIN A3-Seite, graph. Darstellung (z.B. mit Grundrissen, Ansichten, Fotos etc.) u. kurze Beschreibung in Textform.

e) Der AG behält sich vor, Bescheinigungen von öff. u. priv. AG über die Ausführung der angegebenen Ref. Projekte anzufordern. Bewerber, bei denen im Zuge der Ref. Prüfung festgestellt wird, dass die gemachten Angaben nicht korrekt sind, werden von der weiteren Wertung ausgeschlossen.

Minimum level(s) of standards possibly required:

s.o.

III.2. Conditions related to the contract

III.2.1. Information about a particular profession

Execution of the service is reserved to a particular professionReference to the relevant law, regulation or administrative provision:

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift: Es sind Nachweise nach Ziffer III.1.3) b) und c) dieser Bekanntmachung vorzulegen.

III.2.3. Information about staff responsible for the performance of the contract

Obligation to indicate the names and professional qualifications of the staff assigned to performing the contract

Section IV: Procedure

IV.1. Description

IV.1.1. Type of procedure

Competitive procedure with negotiation

IV.1.3. Information about a framework agreement or a dynamic purchasing system

IV.1.5. Information about negotiation

The contracting authority reserves the right to award the contract on the basis of the initial tenders without conducting negotiations

IV.1.8. Information about the Government Procurement Agreement (GPA)

The procurement is covered by the Government Procurement Agreement: yes

IV.2. Administrative information

IV.2.2. Time limit for receipt of tenders or requests to participate

Date: 12/11/2019 Local time: 16:00

IV.2.3. Estimated date of dispatch of invitations to tender or to participate to selected candidates

IV.2.4. Languages in which tenders or requests to participate may be submitted

German

IV.2.6. Minimum time frame during which the tenderer must maintain the tender

Duration in months: 3 (from the date stated for receipt of tender)

Section VI: Complementary information

VI.1. Information about recurrence

This is a recurrent procurement: no

VI.3. Additional information

a) Die ausgefüllten Teilnahmeanträge (und später im Verfahren entsprechend auch die Angebote) sind rechtsgültig zu unterschreiben und mit den geforderten Nachweisen, Erklärungen und Anlagen zwingend innerhalb der Einreichungsfrist ausschließlich über den verschlüsselten Angebotsbereich der elektronischen Vergabeplattform (ohne AVA-Sign) einzureichen.

Eine Einreichung per E-Mail oder unverschlüsselt per Bietermitteilung ist nicht zulässig und führt zwangsläufig zum Ausschluss. Nicht unterschriebene bzw. formlose Bewerbungen werden im weiteren Verfahren nicht berücksichtigt. Angebote, die nicht form- oder fristgerecht eingegangen sind, werden ausgeschlossen, es sei denn, der Bieter hat dies nicht zu vertreten (§ 57 Absatz 1 Satz 1 VgV).

b) Während der Bewerbungsphase sind Rückfragen ausschließlich elektronisch als Bieterfragen-/mitteilungen unverschlüsselt über die Vergabeplattform bis spätestens 10 Kalendertage vor Ablauf der Teilnahmefrist an den AG zu richten. Verbindliche Stellungnahmen werden als Erläuterungen, Aktualisierungen oder Änderungen zu den Vergabeunterlagen unter der zuvor genannten Vergabeplattform bis 6 Kalendertage vor Ablauf der Teilnahmefrist veröffentlicht.

c) Bewerbungsunterlagen können nur verschlüsselt elektronisch eingereicht werden und verbleiben beim AG. Der AG bedient sich bei der Auswertung eines externen Verfahrensbetreibers, dem die Bewerbungsunterlagen hierfür vertraulich bereitgestellt werden.

d) Geforderte Nachweise sind elektronisch, nicht deutschsprachige Nachweise in einer beglaubigten Übersetzung, der Bewerbung beizulegen.

e) Informationspflicht des Bewerbers:

Die Teilnehmer/die Bewerber verpflichten sich, sich eigenverantwortlich bis 6 Kalendertage vor Ablauf der Teilnahmefrist auf der zuvor genannten Vergabeplattform zu informieren, ob Erläuterungen, Aktualisierungen oder Änderungen zu den Vergabeunterlagen vorgenommen wurden. Weiter werden die Bewerber ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sich in besonderen Fällen die Notwendigkeit ergeben kann, die Teilnahmefrist auch noch innerhalb

der zuvor genannten 6 Kalendertage abzuändern oder zu verschieben. Entsprechende Erläuterungen, Aktualisierungen oder Änderungen werden unverzüglich auf zuvor genannter Vergabepattform veröffentlicht.

Es wird darauf hingewiesen, dass alle veröffentlichten Erläuterungen, Aktualisierungen oder Änderungen Bestandteil der Vergabeunterlagen sind. Sollten sich die veröffentlichten Erläuterungen, Aktualisierungen oder Änderungen auf den Teilnahmeantrag auswirken, gelten folgende Regelungen:

Ist der Teilnahmeantrag bereits elektronisch eingereicht worden, so ist dem Auftraggeber bis zum Ende der Teilnahmefrist über die Vergabepattform mitzuteilen, sofern:

— der alte Teilnahmeantrag für ungültig erklärt und kein neuer Teilnahmeantrag abgegeben wird,

— der alte Teilnahmeantrag für ungültig erklärt und ein neuer Teilnahmeantrag abgegeben wird. Der neue Teilnahmeantrag muss vor Ende der Teilnahmefrist elektronisch vorliegen,

— der alte Teilnahmeantrag -ergänzt um das Erläuterungs-, Aktualisierungs- oder Änderungsschreiben aufrechterhalten werden soll. Auf die Möglichkeit diese, vom speziellen Einzelfall abhängige Variante wählen zu können, wird in dem betreffenden Erläuterungs-, Aktualisierungs- oder Änderungsschreiben ausdrücklich hingewiesen. Es wird darauf hingewiesen, dass das unterzeichnete Erläuterungs-, Aktualisierungs- oder Änderungsschreiben vor Ablauf der Teilnahmefrist dem Auftraggeber elektronisch vorliegen muss,

— der alte Teilnahmeantrag unverändert aufrechterhalten werden soll. In diesem Fall wird darauf hingewiesen, dass ein bereits eingereichter Teilnahmeantrag, wenn erforderlich, an die Erläuterungs-, Aktualisierungs- oder Änderungsschreiben angepasst werden muss.

Sofern keine gesonderte Mitteilung eingeht, wird davon ausgegangen, dass der alte Teilnahmeantrag unverändert aufrecht gehalten wird.

VI.4. Procedures for review

VI.4.1. Review body

Official name: Regierung von Oberbayern, Vergabekammer Südbayern

Postal address: Maximilianstraße 39

Town: München

Postal code: 80534

Country: Germany

E-mail: vergabekammer.suedbayern@reg-ob.bayern.de

Telephone: +49 892176-2411

Fax: +49 892176-2847

Internet address: <http://www.regierung.oberbayern.bayern.de>

VI.4.3. Review procedure

Precise information on deadline(s) for review procedures:

Verstöße im Sinne von § 135 Abs. 1 GWB (Unwirksamkeit des Vertrages) sind in einem Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen ab Kenntnis des Verstoßes, jedoch nicht später als 6 Monate nach Vertragsschluss geltend zu machen. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im EU-Amtsblatt bekannt gemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der EU (§ 135 Abs. 2 GWB). Ein Nachprüfungsverfahren ist nur bei Einhaltung nachfolgender Voraussetzungen zulässig: Verstöße gegen Vergabevorschriften, die der Bewerber im Vergabeverfahren erkannt hat, sind gegenüber dem Auftraggeber innerhalb von 10 Kalendertagen nach Kenntnis zu rügen. Der Ablauf der Frist nach § 134 Abs. 2 GWB bleibt unberührt. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund

der Bekanntmachung erkennbar sind, sind spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, sind spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. Ein Nachprüfungsantrag ist binnen 15 Kalendertagen nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, einzureichen (§ 160 Abs.3 GWB).

VI.4.4. Service from which information about the review procedure may be obtained

Official name: siehe VI.4.1

Town: München

Country: Germany

VI.5. Date of dispatch of this notice

15/10/2019